



Wohnen ist ein Menschenrecht!

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, in Frankfurt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Dazu müssen insbesondere die Ärmsten in den Blick genommen werden.

Wir fordern deswegen von der zukünftigen Frankfurter Stadtregierung, die Grundlage dafür zu schaffen, dass alle Menschen bezahlbare Wohnungen in Frankfurt finden. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen müssen gegenwärtig mehr als die Hälfte davon für ihre Miete aufbringen.

Wir unterstützen daher die Petition „Mietenstopp für alle“ (<https://petition-mietenstopp.de>). Die Petition setzt sich dafür ein, dass in den nächsten Jahren die Bestandsmieten nicht mehr als 1 % pro Jahr steigen. Dies schafft eine Atempause für den angespannten Frankfurter Mietmarkt, die dazu genutzt werden sollte, längerfristige Maßnahmen anzugehen.

Dazu gehören aus unserer Sicht:

- Öffentliche und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften müssen ihren Schwerpunkt unter Beibehaltung der Wirtschaftlichkeit auf den Bau und Erhalt von Sozialwohnungen und nicht auf gewinnorientierte Gesichtspunkte legen.
- Anreize für einen freiwilligen Wohnungstausch schaffen. Ältere, alleinstehende Menschen können in kleinere Wohnungen im Nahbereich umziehen, um größere Wohnungen für Familien frei zu machen.
- Bestehende Wohnungen dürfen nicht zu früh aus der Sozialpreisbindung fallen. In den vergangenen Jahren waren es mehr, als neue hinzugekommen sind, während die Zahl der Wohnungssuchenden unverändert blieb.
- Anreize für den sozialen Wohnungsbau für Bauherren schaffen, bspw. durch unbürokratischere Genehmigungsprozesse.
- Auch die Ideen genossenschaftlichen Wohnens sollten gestärkt und solchen Initiativen günstige Baugrundstücke zur Verfügung gestellt werden.
- Mehr öffentlicher Wohnungsbau und Verzicht auf Verkauf von städtischen Flächen, Liegenschaften und Wohnungen.
- Förderung von sozialverträglicher Nachverdichtung und Umwidmung von Büros in Wohnraum.
- Kooperationen mit den umliegenden Kommunen aufgrund der begrenzten Fläche in Frankfurt.

Auch die Kirche ist in der Pflicht! Wir appellieren deswegen gerade an die kirchlichen Wohnungseigentümer, bei der Vermietung von Wohnungen soziale Standards einzuhalten.

Wohnen ist Menschenrecht! Daher setzen wir uns als Stadtversammlung der Frankfurter Katholik*innen für eine solidarische und faire Wohnungspolitik ein!

Frankfurt, im Mai 2021

Stadtversammlung der Frankfurter Katholik*innen